

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 24. Februar 1994

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	25	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	5, 27
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	23	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	18
Bindig, Rudolf (SPD)	8, 9	Müller, Jutta (Völklingen) (SPD)	3, 39
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	10	Schily, Otto (SPD)	22, 26
Conradi, Peter (SPD)	40, 41	Schütz, Dietmar (SPD)	30, 31
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	6, 7	Dr. Soell, Hartmut (SPD)	13, 14
Francke, Klaus (Hamburg) (CDU/CSU)	28, 29	Stiegler, Ludwig (SPD)	4, 21
Gallus, Georg (F.D.P.)	11, 12	Tappe, Joachim (SPD)	15, 24
Ganseforth, Monika (SPD)	36, 37	Dr. Ullmann, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Gansel, Norbert (SPD)	1, 2	Weis, Reinhard (Stendal) (SPD)	33
Kubatschka, Horst (SPD)	32, 38	Wieczorek, Helmut (Duisburg) (SPD)	19, 20
Lamp, Helmut (CDU/CSU)	34, 35		
Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	16, 17		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	10

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD) | Haben sich in der Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes Zielkontrollkarten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR oder andere Unterlagen über Abhörmaßnahmen befunden, und welcher Verwendung sind sie zugeführt worden? |
| 2. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD) | Haben sich im Bundeskanzleramt Protokolle über Abhörmaßnahmen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR oder Auswertungsberichte über solche Maßnahmen befunden, und wenn ja, zu welchem Zweck? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|---|---|
| 3. Abgeordnete
Jutta
Müller
(Völklingen)
(SPD) | Wer haftet für die Schäden, und welche Strafen haben Schädlingsbekämpfer zu erwarten, die sich nicht an die gesetzlichen Vorgaben der Gefahrstoffverordnung halten?*) |
| 4. Abgeordneter
Ludwig
Stiegler
(SPD) | Trifft es zu, daß die Arbeitsverwaltung die Aufwandsentschädigung von Kommunalpolitikern ohne Berücksichtigung von deren Werbungskosten bei der Berechnung der Arbeitslosenhilfe zum vollen Betrag als eigenes Einkommen anrechnet, und ist dies durch die geltende Rechtslage gedeckt? |

*) siehe hierzu Frage 39

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

5. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Welche Wirksamkeit hat das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993 in der Außenwirkung, nachdem der Text des Urteils nicht zusammen mit den Vertragsunterlagen in Rom – etwa als Interpretationserklärung – hinterlegt wurde?
6. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 16. Februar 1994, nach dem 81 000 t Munition auf bisher von russischen Truppen genutzten Liegenschaften in Deutschland vergraben sein könnten, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Erfassung und Beseitigung dieser Bestände?
7. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(F.D.P.)
- Wie gedenkt die Bundesregierung der russischen Blockade-Haltung in dieser Sache zu begegnen, und welche Schritte sind unternommen worden, um die von der „Westgruppe der Truppen“ genannte Datenbasis bezüglich der abzutransportierenden Munition auf den neuesten Stand zu bringen?
8. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Fachorganisationen der humanitären Hilfe, so z. B. die Deutsche Welthungerhilfe, die eigentliche humanitäre Hilfe, welche die Bundeswehr in Somalia geleistet hat, auf lediglich 2,3 Mio. DM geschätzt haben, und wie hoch veranschlagt die Bundesregierung selbst die Leistungen für die Einzelprojekte, gemessen an den üblichen Maßstäben der humanitären Hilfe und der Entwicklungspolitik?
9. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Wie hoch wird nunmehr nach den verschiedenen Etat Kürzungsverfahren des Bundeshaushaltes 1994 der freiwillige Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für die beratenden Dienste des Menschenrechtszentrums in Genf (Titel 686 40 Einzelplan 05) im Jahr 1994 effektiv sein, der auf ausdrückliche Initiative aus dem Parlament heraus zur Verstärkung des präventiven Menschenrechtsschutzes auf 200 000 DM heraufgesetzt worden ist?

10. Abgeordneter
**Dr. Eberhard
Brecht**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sie zugesagt hat, das Angebot Pakistans an die UNO, 3 000 Soldaten für einen sofortigen Blauhelm-Einsatz in Bosnien-Herzegowina zur Verfügung zu stellen, dadurch zu unterstützen, daß Deutschland für die Ausrüstung der Pakistani mit Panzern und Schützenpanzern sorgt, und wie verhält sich die Bundesregierung zu der öffentlich geäußerten Kritik des pakistanischen Außenministers, daß sie dem Versprechen bislang nicht nachgekommen sei?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

11. Abgeordneter
**Georg
Gallus**
(F.D.P.)
- Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus den Erfahrungen des italienischen Mafia-Bekämpfers Luciano Violante zu ziehen, insbesondere was seine Äußerung in dem Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 29./30. Januar 1994 betrifft, wo es heißt, „Deutschland bietet Angriffsflächen, weil es noch nicht über die geeigneten Mittel gegen das Organisierte Verbrechen verfügt“?
12. Abgeordneter
**Georg
Gallus**
(F.D.P.)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber erteilen, wie viele Morde im Land Berlin in den letzten drei Jahren bis zum heutigen Tage geschehen sind, und wie viele man davon dem Organisierten Verbrechen zurechnen muß?
13. Abgeordneter
**Dr. Hartmut
Soell**
(SPD)
- Trifft es zu, daß Beamte des Bundesministeriums des Innern skandinavischen Reedereien den Vorschlag gemacht haben, Autos nach dem Aussehen der Insassen so vorzusortieren, daß Wagen von „unverdächtigen, nordischen“ Passagieren (so der Berliner „Tagesspiegel“) in deutschen Häfen zuerst, die Autos mit „fremdländisch“ aussehenden Passagieren zuletzt an Land fahren sollen, damit deutsche Grenzbeamte sich letzteren konzentriert widmen können?
14. Abgeordneter
**Dr. Hartmut
Soell**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, falls der in der vorhergehenden Frage genannte Sachverhalt zutrifft, den oder die für diesen menschenverachtenden Exzeß bürokratischer Unvernunft Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, und den dadurch entstandenen Schaden für das internationale Ansehen Deutschlands soweit wie möglich wiedergutzumachen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

15. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der dramatisch zunehmenden Insolvenzen und kriminellen Machenschaften europaweit agierender unseriöser Touristikanbieter in der Bundesrepublik Deutschland zum Schutz der Reisenden zu unternehmen?
16. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es in der ehemaligen DDR Arbeitseigentum gegeben hat (Überlassung von Grundstücken zur landwirtschaftlichen Bearbeitung), und sind der Bundesregierung Gerichtsurteile bekannt zu der Frage, unter welche Voraussetzungen der Entzug von Arbeitseigentum unter § 1 Abs. 3 des Vermögensgesetzes fällt?
17. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung gesetzgeberische Schritte, um die spezielle Fallgruppe, der das Arbeitseigentum entzogen worden ist, zu entschädigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

18. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch hohe Kapitaldienst- und Tilgungsverpflichtungen für Altkredite z. B. der Seehafen Rostock GmbH und der Rostocker Fischereihafen GmbH (RFH), gemessen an vergleichbaren Unternehmen in den alten Bundesländern, kaum kompensierbare Wettbewerbsnachteile entstehen, und warum wurden diese kommunalen Betriebe von der Treuhandanstalt nicht analog den privatisierten Betrieben entschuldet oder wenigstens teilschuldet?
19. Abgeordneter
Helmut Wiczorek
(Duisburg)
(SPD)
- Wie hoch war die Zahl der Stellen in den Leitungsbereichen des Kanzleramtes und der einzelnen Bundesministerien (einschl. Parlaments- und Kabinettsreferate sowie Presse und Öffentlichkeitsarbeit) im Haushaltsjahr 1982, und wie hoch wird sie im Haushaltsjahr 1994 sein?

20. Abgeordneter
Helmut Wieczorek (Duisburg)
(SPD) Welche Mehrkosten entstehen durch die Ausweitung der Stellen gegenüber 1982 im Haushaltsjahr 1994 (ohne lineare Erhöhungen)?
21. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD) Wie ist der Stand der Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Vereinigten Staaten über Art und Umfang der Beschäftigung ziviler deutscher Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften insbesondere in Grafenwöhr, und lassen sich bereits verlässliche Aussagen über die Entwicklung des Beschäftigungsvolumens treffen?
22. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD) Seit welchem Zeitpunkt stehen Gebäude, deren Eigentümer der Bund ist, in Berlin und Brandenburg ganz oder teilweise leer, und welches sind die Gründe dafür?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

23. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU) Welche Etatansätze haben der Bund und die Revierländer Nordrhein-Westfalen und Saarland 1994 bis einschließlich 1997 für den Hüttenvertrag vorgesehen, die zu den Verstromungshilfen (1996: 7,5 Mrd. DM und 1997: 7 Mrd. DM) hinzugerechnet werden müssen, um ein Gesamtbild der Subventionen für die deutsche Steinkohle zu erhalten?
24. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung über die nationale Umsetzung der betreffenden EU-Richtlinie hinaus sicherzustellen, daß aufgrund der Unübersichtlichkeit des Marktes mit seinen ca. 17 000 Pauschalreiseanbietern allein in Deutschland künftig für Reisebücher unzweideutig erkennbar wird, es mit einem seriösen Anbieter zu tun zu haben, ohne einer Monopolisierung zugunsten großer Reiseveranstalter Vorschub zu leisten?*)
25. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) Denkt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Deregulierungsbemühungen auch darüber nach, Inhabern von Einzelhandelsgeschäften bzw. kleinen Betrieben, die bisher nicht ausgebildet haben, die Ausbildung von jungen Menschen zu ermöglichen, ohne die zur Zeit notwendige Ausbildungseignungsprüfung abgelegt zu haben?

*) siehe hierzu Frage 15

- | | |
|---|---|
| 26. Abgeordneter
Otto
Schily
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei der Europäischen Kommission eine angemessene Behandlung der deutschen Stahlunternehmen durchzusetzen? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| 27. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Welchen Wert mißt die Bundesregierung einer engeren rüstungspolitischen Zusammenarbeit mit Frankreich bei, und welche Ergebnisse werden konkret angestrebt (deutsch-französische Rüstungsagentur, gemeinsame Waffensysteme, evtl. unter Einschluß einer Zusammenarbeit beim europäischen Jäger „Rafale“)? |
| 28. Abgeordneter
Klaus
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Fähigkeit der zur Teilnahme am NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ eingeladenen Staaten Mittel- und Osteuropas, die für die im Programm in Aussicht genommene Eigenfinanzierung ihrer Teilnahme an Partnerschaftsaktivitäten und die Beteiligung an den Lasten für die Durchführung von gemeinsamen Übungen erforderlichen personellen, strukturellen und finanziellen Voraussetzungen zu erfüllen? |
| 29. Abgeordneter
Klaus
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) | Welche finanziellen Ressourcen stehen der NATO im laufenden Jahr und in absehbarer Zukunft zur Verfügung, um ihre im Programm „Partnerschaft für den Frieden“ bekundete Bereitschaft, gemeinsam mit den anderen unterzeichnenden Staaten auf die Entwicklung kooperativer militärischer Beziehungen mit dem Ziel gemeinsamer Planung, Ausbildung und Übungen im Hinblick auf friedenswahrende und humanitäre Aufgaben hinzuarbeiten, zu verwirklichen, und hält die Bundesregierung diese Ressourcen für ausreichend? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

30. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz**
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesregierung seit Juli 1992 eine Untersuchung über Möglichkeiten zur Verringerung des Risikos des Verlustes von Containern auf See vorliegt, die erschreckende Regulations-, Kontroll- und Informationslücken aufzeigt, und wie hat sich das Bundesministerium für Verkehr mit den Ergebnissen dieser Untersuchungen auseinandergesetzt?
31. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz**
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung kurzfristig ergreifen, um den Transport von Gefahrgut mit Containerschiffen von deutschen Seehäfen aus insbesondere durch Kontrollen und Vorschriften sicherer zu gestalten?
32. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung aus finanzieller und umweltpolitischer Sicht (Energiesparen/Emissionsminderung) den Einsatz von Anrufsammeltaxen (Ast) zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, und wie beurteilt sie die niederländische Initiative, jedem Langstreckenfahrgast einen Ast-Gutschein für die Fahrt bis zur Haustür auszustellen?
33. Abgeordneter
**Reinhard
Weis**
(Stendal)
(SPD)
- Inwieweit stehen Planungen für einen Großflughafen im Kreis Altmark-Ost südwestlich der Stadt Stendal (Elbe-Airport) in Übereinstimmung mit den Verkehrsplanungen der Bundesregierung für einen Großflughafen Berlin-Brandenburg?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

34. Abgeordneter
**Helmut
Lamp**
(CDU/CSU)
- Hat sich die Bundesregierung vor der Einführung neuer Umweltauflagen darüber informiert, welche Auswirkungen Neuregelungen auf die kommunalen Abwassergebühren haben, und sind der Bundesregierung weitere Gründe und Hintergründe bekannt, die Kommunen zur Erhöhung der Abwassergebühren veranlassen?

35. Abgeordneter
Helmut Lamp
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung in Gesprächen mit Kommunen über Maßnahmen nachgedacht, um Kostensteigerungen durch erhöhte Umwelanforderungen im Abwasserbereich aufzufangen, zu dämpfen oder zu strecken?
36. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Aus welchen Gründen ist die Altölrichtlinie 90/313/EWG von 1986, nach der der Aufbereitung von Altöl der Vorzug vor der Verbrennung gegeben wird, bis heute nicht in nationales Recht umgesetzt, und wann ist damit zu rechnen?
37. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung aus umweltpolitischer Sicht Ugilec, das nach dem Verbot von PCB als Additiv für Hydrauliköle verwendet wird und bei dem das Chloratom durch Fluor bzw. Brom ersetzt wird, so daß Furane entstehen, und hält sie die Produkthaftung des Herstellers oder ein Verbot von Ugilec für angebracht?
38. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Mindestabstände von Hochspannungsleitungen zur Wohnbebauung und zu Kindergärten und Schulen hält die Bundesregierung für sinnvoll, und beabsichtigt sie beim Bau neuer Hochspannungstrassen über bebautes Gebiet rechtsverbindliche Grenzwerte oder eine Verkabelungspflicht einzuführen?
39. Abgeordnete
Jutta Müller (Völklingen)
(SPD)
- Wie viele Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen unsachgemäße Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen zu erheblichen Umweltschäden und überhöhter Schadstoffbelastung in Innenräumen geführt haben, und welche Schadstoffbelastungen wurden dabei verursacht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

40. Abgeordneter
Peter Conradi
(SPD)
- Wer in der Bundesregierung ist für die von Fachleuten als „unglaubliche Verschandelung“ und „atemberaubende Scheußlichkeit“ (Süddeutsche Zeitung 20. Januar 1994) bezeichneten neuen Telefonhäuschen der TELEKOM verantwortlich, und aus welchen Gründen verzichtet die TELEKOM bei diesen neuen Telefonhäuschen auf ihre bisherige Signalfarbe postgelb?

41. Abgeordneter
**Peter
Conradi**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung den für diese Entscheidung verantwortlichen Beamten inzwischen befördert und bei der Privatisierung der TELEKOM für einen Vorstandsposten in derselben ausersehen hat, und warum beantragt die Bundesregierung für diese Leistung nicht den Deutschen Design-Preis 1994?
42. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Ullmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Postämter plant die Deutsche Bundespost 1994 zu schließen, und welche Postämter sind im einzelnen davon betroffen?
43. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Ullmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise wird dabei der Forderung des Infrastrukturrates für Post- und Telekommunikation Rechnung getragen, bei solchen Schließungen nicht schematisch vorzugehen, sondern die örtlichen Gegebenheiten im Sinne einer flächendeckenden Versorgung ausreichend zu berücksichtigen?

Bonn, den 18. Februar 1994

